



Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2024

1. Heimat bewahren – Unser Rheinland-Pfalz

Unser Bundesland Rheinland-Pfalz ist das Land der vielfältigen Natur- und Kulturlandschaften von der Pfalz über den Hunsrück bis in die Eifel. Es ist das Land des Weinbaus, des Karnevals, der Dorfgemeinschaften und der Vereine. Es ist das Land geschichtsträchtiger und pulsierender Städte, tüchtiger Handwerker, international erfolgreicher Unternehmen und innovativer Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Maßgeblich geprägt wird dieses attraktive Profil von den Bürgern in unseren Kommunen, deren Ideenreichtum, Kreativität und Brauchtum wir ganzheitlich kommunalpolitisch fördern und unterstützen wollen. Wir wollen den ländlichen Raum stärken und gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen.

2. Recht und Ordnung sind nicht verhandelbar – für mehr Sicherheit

Nicht erst seit der Silvesternacht 2023 ist bekannt, dass sich die gefühlte und die tatsächliche Sicherheit der Bürger im öffentlichen Raum seit Jahren kontinuierlich verschlechtert. Die Kriminalität ist nach der Corona-Delle wieder auf das frühere Niveau gestiegen und in besonders besorgniserregenden Kriminalitätsbereichen wie Sexualdelikten auf einem Höchststand.

Die AfD setzt sich für eine Erhöhung der Polizeistärke in RLP auf mindestens 10.000 Vollzeitäquivalente ein, um eine flächendeckende Polizeipräsenz zu gewährleisten. Wir stehen für eine Stärkung der kommunalen Ordnungsdienste, eine Standardisierung der Ausbildung und eine enge Zusammenarbeit mit der Polizei. Dahingehend sind auch die kommunalen Gefahrenabwehrverordnungen zu überprüfen und ggf. anzupassen, damit Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung schon frühzeitig bekämpft und beseitigt werden können.



In Verbindung mit und nicht als Ersatz für eine Stärkung der Sicherheitskräfte können Überwachungskameras und Lichtkonzepte Straftäter abschrecken und Sicherheit schaffen, gerade auch in Innenstädten und an Bahnhöfen. Es darf in unseren Städten keine Angsträume und No-Go-Areas geben. Unsere Sicherheit und die Einhaltung unserer Gesetze sind nicht verhandelbar.

3. Katastrophenschutz verbessern - Feuerwehr und Rettungsdienste stärken

Eine schnelle Versorgung durch Rettungsdienste und Feuerwehr sind ein unverzichtbarer Teil der Daseinsvorsorge. Wir müssen aus der Katastrophe im Ahrtal lernen, den Katastrophenschutz und die Rettungsdienste besser ausstatten und auf die Wünsche und Sorgen der Ehrenamtlichen eingehen.

Das Ehrenamt ist und bleibt das Rückgrat unseres Katastrophenschutzes, muss aber besser unterstützt werden. Das Amt des BKI muss daher hauptamtlich besetzt werden. Unsere Wehren benötigen flächendeckend geländegängige und wadfähige Fahrzeuge, redundante Kommunikationsmittel und Drohnen auf Stützpunktebene. Zur Beschaffung sollten Sammelbestellungen durchgeführt werden, entweder durch das Land oder auf (inter-)kommunaler Ebene. Die Ahrlut hat uns gezeigt, dass wir einen umfassenden Warn-Mix mit funktionstüchtigen Sirenen benötigen. Diese Maßnahmen muss das Land signifikant bezuschussen. Außerdem muss das Land den freiwilligen Feuerwehren endlich die erforderlichen Fortbildungsplätze an der LFKA zur Verfügung stellen und die langen Wartefristen reduzieren.

An einer Feuerwehrrente nach thüringischem Vorbild könnten sich neben dem Land auch die Kommunen beteiligen.

Wir setzen uns ein für die Blaulichtfamilie und die weiße Schiene! Schnelle Reaktionszeiten können unsere Rettungsdienste nur leisten, wenn sie die optimale Infrastruktur und Ausstattung erhalten.

4. Natur schützen – Windkraftausbau sowie Freiflächen-PV in Rheinland-Pfalz einstellen

Die AfD steht für echten Naturschutz vor Ort: Die Pflege unserer Wälder, Wiesen und landwirtschaftlichen Flächen wird mit viel Herzblut von Förstern, Jägern, Landwirten und Ehrenamtlichen übernommen, deren lokale Projekte stärker gefördert werden müssen. Der Naturschutz im eigentlichen Sinne gerät immer mehr in Konflikt mit einer sogenannten Klimaschutzpolitik, die Wald, Tier und Mensch schadet.

Als einzige Partei stellt sich die AfD konsequent gegen die Zerstörung unserer Natur und unserer Kulturlandschaft durch den Ausbau von Windrädern und Freiflächen-PV-Anlagen, die ohnehin mangels Grundlastfähigkeit und Speichertechnologien keine Lösung für die Energiekrise darstellen können. Unsere Wälder sind Lebensraum, Erholungsraum und nachhaltige Ressource und leisten einen sinnvolleren Beitrag zum Abbau von CO₂ als der exzessive Windkraftausbau.

Wir treten deshalb auf allen Ebenen gegen eine Gesetzgebung ein, die die Kommunen zu Ausbauzielen für Windräder oder Freiflächen-PV-Anlagen verpflichtet und werden uns auch als kommunale Vertreter in den regionalen Planungsgemeinschaften dafür einsetzen, Landesentwicklungspläne und Raumordnungspläne entsprechend zu verändern. Die Schaffung von kommunalen „Klimamanagern“ als Versorgungsposten lehnt die AfD ab.

5. Landwirtschaft

Unsere landwirtschaftlichen Kleinst- und Kleinbetriebe leisten viele wichtige Aufgaben, auch zur Selbstversorgung. Diese müssen von administrativen Hürden entlastet werden.

Für alle Erwerbsbetriebe muss auch in Zukunft Agrardiesel zur Verfügung stehen.

Wir setzen uns dafür ein, die Betriebsgröße bei Dokumentations- und Genehmigungsanforderungen stärker zu berücksichtigen.

6. Interessengerechte Verkehrspolitik – kein Krieg gegen das Auto

Rheinland-Pfalz ist Autoland: Individuelle Mobilität mit dem PKW und Lastenverkehr mit dem LKW sind aus unserem ländlich geprägten Bundesland mit seinen vielen Berufspendlern nicht wegzudenken. Die AfD vertritt die Interessen der Autofahrer und setzt sich für gute Straßen, gegen Einfahrverbote in Innenstädte und gegen jede ideologische Bekämpfung des Autoverkehrs ein. Ein flächendeckendes Tempolimit 30 auf kommunaler Ebene lehnen wir genau wie Dieselfahrverbote und weitere Drangsalierungen der Autofahrer ab. Um Rheinland-Pfalz zukunftsfähig zu halten, ist die Ansiedlung von E-Fuel-, Wasserstoff- und Bio-CNG-Tankstellen insbesondere für den leichten und schweren Lastverkehr zu fördern. Alle Antriebe haben ihre Daseinsberechtigung und sollten technologieoffen gefördert und unterstützt werden, eine reine Batteriemobilität wird weiterhin eine Illusion bleiben. Den Ausbau von Radwegen möchten wir fördern, ohne die verschiedenen Verkehrsteilnehmer gegeneinander auszuspielen.

Attraktive Mitfahrerparkplätze können unsere Mobilität ergänzen.

Den ÖPNV wollen wir dort ausbauen, wo er auch genutzt wird und Sinn ergibt. Einen teuren, vor Ort nicht nachgefragten und rein ideologischen ÖPNV-Ausbau in besonders ländlich geprägten Regionen lehnen wir ab. Die Reaktivierung von Bahnstrecken befürworten wir dort, wo es in der Gesamtschau eine wirtschaftliche Perspektive gibt. Das Land Rheinland-Pfalz muss die Kommunen nach der Erklärung des ÖPNV zur kommunalen Pflichtaufgabe durch eine entsprechende finanzielle Unterstützung in Stand setzen, diese Pflichtaufgabe zu erfüllen. Im Schul- und Kita-Verkehr einzusetzendes deutschsprachiges Begleitpersonal fördert die Konzentration des Busfahrers auf seine eigentliche Aufgabe.

7. Gesundheitliche Versorgung sicherstellen – auch auf dem Land

Landesweit schließen Krankenhäuser und Geburtsstationen, Wartezeiten und Anfahrtswege werden immer länger. Die AfD als Partei des ländlichen Raums steht für eine flächendeckende Gesundheitsversorgung. Das Kliniksterben muss nachdrücklich bekämpft werden. Weitere Schließungen sind keine Option! Für den Fall einer



drohenden Schließung müssen unbürokratisch Bundes- und Landesmittel fließen, damit die Kreise die Krankenhäuser notfalls in kommunaler Trägerschaft weiterbetreiben können, bis die Perspektiven auf der Basis der Krankenhausstrukturreform absehbar sind oder ein neuer Investor gefunden wurde. Wir erwarten, dass das Land seine Pflicht erfüllt und die Investitionskostenförderung entsprechend den Forderungen der DGKH auf 200 Millionen Euro im Jahr anhebt.

Zur Bekämpfung des Ärztemangels muss die Landesregierung mindestens 250 zusätzliche Medizinstudienplätze schaffen. Solange dies nicht wirksam geschieht, können kommunale und von den Kommunen mitgetragene Konzepte wie der Medizincampus Koblenz, Kooperationen mit ausländischen Universitäten zur Ausbildung von Ärzten, Stipendien für angehende Landärzte oder finanzielle Anreize für die Ansiedlung von Ärzten zur Bekämpfung des Ärztemangels beitragen. Wir setzen uns dafür ein, dass das Land alle diese kommunalen Initiativen finanziell unterstützt, die deshalb erforderlich sind, weil das Land seit Jahrzehnten zu wenige Ärzte ausbildet.

8. Kommunale Asylkrise stoppen – Unsere Bürger zuerst

Die aktuelle Asylkrise übersteigt im Umfang mittlerweile die Massenzuwanderung von 2015/2016 und hat maßgeblichen negativen Einfluss auf die Wohnungsknappheit, die Verknappung von KiTa-Plätzen, die kommunalen Finanzen, das Bildungswesen und die öffentliche Sicherheit. Die Aufnahmefähigkeit unserer Kommunen ist erschöpft.

Der Zuzug muss daher sofort gestoppt und alle ausreisepflichtigen und straffälligen Ausländer umgehend abgeschoben werden. In keinem Fall dürfen Wohnungen von Einheimischen zur Unterbringung von Asylbewerbern gekündigt werden oder Bürger zur Aufnahme von Migranten verpflichtet werden. Auch die Unterbringung in dann nicht mehr nutzbaren Turnhallen ist nicht im Sinne unserer Bürger. Asylbewerber dürfen nicht mehr auf die Kommunen verteilt, sondern in Aufnahmeeinrichtungen des Landes untergebracht werden, bis die Verfahren abgeschlossen sind. Die Duldung als Aussetzung der Abschiebung muss wieder zur Ausnahme werden. In jedem Fall müssen den Kommunen alle Kosten für die Unterbringung von Asylanten und Flüchtlingen von Bund und Land vollständig erstattet werden.



Eine restriktive Asylpolitik, die nur wirklich schutzbedürftigen Schutz bietet, setzt eine enge Verzahnung über alle Ebenen von der Kommunalpolitik bis hin zum Schutz der Außengrenzen der EU und Deutschlands voraus.

9. Wohnen muss bezahlbar sein – Hürden senken

Trotz des Baubooms der letzten Jahre fehlt Wohnraum. Unser Daheim ist Luxus geworden.

Der Bau von Wohnungen und Häusern ist wegen der erheblichen Preis- und Zinssteigerungen und der Energiewende nahezu zum Erliegen gekommen. Soweit es im Zuständigkeitsbereich der Kommunen liegt, sind bürokratische Hürden abzubauen und beschleunigte Genehmigungsverfahren anzustreben. Das Bauen darf kein Tummelplatz für Verwaltungswut sein. Einfache und nachvollziehbare Regelungen mit kurzen Bearbeitungszeiten erleichtern das Bauen. Brachliegende Potentiale in Ortskernen sind künftig – auch zur Minimierung des Flächenverbrauchs – vorrangig zu erschließen und zu nutzen.

Dabei stehen die Interessen der eigenen Bevölkerung im Vordergrund und ist es inakzeptabel, wenn Zuwanderer prioritär behandelt werden oder gar Einheimischen zur Unterbringung von Asylbewerbern gezwungen oder ihnen dafür die Mietverträge gekündigt werden.

10. Kommunale Haushalte nachhaltig finanzieren

Auf Grund der sich abzeichnenden Schwächung der Konjunktur ist mit staatlichen Mindereinnahmen zu rechnen. Die AfD lehnt es ab, kommunale Steuern oder Umlagen zu erhöhen und so die gebeutelten Bürger weiter zu belasten. Es gilt daher, sich auf notwendige Ausgaben zu beschränken. Wir fordern, solide und verantwortungsbewusst zu haushalten und unnötige Ausgaben wie die inflationäre Einrichtung von Beauftragtenstellen zu vermeiden.



Die Einhaltung des „Konnexitätsprinzips“ ist stets zu wahren. Wenn Land und Bund den Kommunen Aufgaben übertragen, müssen sie auch die dafür benötigten finanziellen Mittel bereitstellen.

Der Kommunale Finanzausgleich des Landes ist nach wie vor unzureichend und muss an die tatsächlichen Bedarfe der Kommunen angepasst werden.

Die Ausgaben im Bereich Asyl senken, die seit Jahren explodieren sind auf ein Minimum zu beschränken. Es benötigt hingegen eine Erhöhung der investiven Ausgaben, insbesondere im Bereich der Verkehrsinfrastruktur. Auch die wohnortnahe Versorgung und Reaktivierung der Ortskerne können nur finanziell handlungsfähige Kommunen unterstützen.

11. Bürger finanziell entlasten: Grundsteuer und Gewerbesteuer nicht weiter erhöhen, Straßenausbaubeiträge abschaffen

Die AfD fordert als einzige Partei glaubwürdig und seit jeher die vollständige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge, die auch als wiederkehrende Beiträge weiterhin eine erhebliche und insgesamt sogar erhöhte Belastung der Bürger darstellen. Die erforderlichen Mittel muss das Land durch eine Pauschale zur Verfügung stellen.

Um den ländlichen Raum auch für Unternehmen attraktiv zu halten, muss die Festsetzung der Gewerbesteuer mit Augenmaß erfolgen. Es gilt hier, zwischen den Einnahmen der Kommune und der Attraktivität für Unternehmer abzuwägen.

Die Grundsteuerreform muss aufkommensneutral umgesetzt werden!

Die Hebesätze sollen daher so gewählt werden, dass es zu keiner Mehrbelastung der Bürger kommt.

12. Breitbandausbau auf dem Land vorantreiben

Der Glasfaserausbau auf dem Land muss weiter beschleunigt werden. Im Mobilfunkbereich muss in Rheinland-Pfalz endlich flächendeckend mindestens 4G verfügbar sein. Eine gute Anbindung an Internet und Mobilfunkabdeckung ist ein



wichtiger Standortfaktor für Wirtschaft und Privathaushalte und in einer Zeit der verstärkten mobilen Arbeit eine Chance für den ländlichen Raum. Als kommunale Vertreter fordern wir Ausbauprogramme und Zuschüsse wie Ausbaugutscheine von Bund und Ländern ein und vermitteln mit Anbietern und Anwohnern.

13. Digitalisierung der Verwaltungen

Die Verwaltungen sind schon aus wirtschaftlichem Eigeninteresse der Kommunen viel stärker zu digitalisieren. Der europäische Vorreiter Estland sollte sich hier zum Vorbild genommen werden.

Als Schulträger sollten die Kommunen die digitale Ausstattung von Schulen vorantreiben und dabei auch nachdrücklich die Unterstützung von Bund und Land einfordern, die den miserablen Stand der Digitalisierung im Allgemeinen und im Bildungswesen im Besonderen zu verantworten haben, der sich in der Corona-Krise so verhängnisvoll bemerkbar gemacht hat.

14. Wohnortnahe Grundschulen erhalten – Schülerticket kostenfrei

Die AfD befürwortet ausdrücklich ein landesweit kostenloses Schülerticket für alle Schüler und eine Bezuschussung des Schülertransports auch bei allen Oberstufenschülern der Sekundarstufe II.

Wohnortnahe Grundschulen sind zu erhalten und die Ansiedlung von Privatschulen zu unterstützen.

Die Investitionskosten der Schulträger für Gebäude, Technik und Sportstätten belasten ihre finanziellen Kapazitäten gerade angesichts der enormen Preissteigerungen für Energie und Handwerkerleistungen enorm, auch hier erwarten wir Unterstützung

15. Familien unterstützen, Kinderbetreuung nachhaltig finanzieren, Betreuungsqualität verbessern

Die AfD setzt sich für eine umfassende Unterstützung und Stärkung von Familien und eine nachhaltige und tragfähige Finanzierung der Kinderbetreuung ein. Bund und Land müssen hier endlich ihre Pflichten erfüllen und das Konnexitätsprinzip umsetzen.

Kinderbetreuung muss vom Grundgedanken her Fürsorge und Erziehung ergänzen und nicht ersetzen wollen. Familien müssen insgesamt gestärkt werden und die freie Entscheidung haben, wie sie ihre Kinder erziehen wollen. Dabei müssen sie etwa durch einen Kita-Platz in der Umgebung und schöne, saubere und sichere Spielplätze für Kinder unterstützt werden. Die aktuelle Massenzuwanderung darf nicht dazu führen, dass der gesetzliche Anspruch auf einen KiTa-Platz von Einheimischen nicht erfüllt wird. In Vollzeit berufstätigen Eltern müssen auch entsprechende Öffnungszeiten bereitgestellt werden.

Soweit es im Zuständigkeitsbereich der Kommunen liegt, ist auch die Betreuungsqualität weiter zu verbessern. Das Angebot an Betreuungsplätzen muss bedarfsgerecht werden.

16. Vereine und Ehrenamt sind das Rückgrat von Land und Kommunen

Die ländliche Kulturlandschaft wird grundlegend vom Vereinswesen geprägt. Die AfD lehnt jede Gängelung der Vereine – etwa durch die Novelle des Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes auf Landesebene – ab. Stattdessen ist verstärkt auf die Wünsche und Bedürfnisse der Vereine und der Ehrenamtlichen Rücksicht zu nehmen. Sportangebote, Schwimmkurse und ähnliche Angebote müssen flächendeckend angeboten und finanziert werden. Die Bereitschaft für Ehrenamtliche Tätigkeiten muss neu belebt und die Wertschätzung und Bedeutung für das Gemeinwesen ideell und auch durch finanzielle Anreize gewürdigt werden.

Wir stehen hinter unseren Schützenvereinen und ihrer wertvollen Tätigkeit für Sport, Gemeinschaft und Brauchtum und stellen uns gegen alle Bestrebungen, ihnen durch immer neue Auflagen das Leben schwerzumachen und den Schießsport zu bekämpfen.



Die AfD setzt sich auf Bundes- und Landesebene für steuerliche Entlastungen und bürokratische Entlastungen für Vereine und Ehrenamtliche und zusätzliche Rentenpunkte für ehrenamtliches Engagement ein, auf kommunaler Ebene sollten ehrenamtlich engagierten Personen kostenlose oder vergünstigte Eintritte oder Nutzungen von öffentlichen Einrichtungen gewährt werden.

17. Bürgernahe Verwaltung – mehr Mitbestimmung direkte Demokratie

Die Verwaltung muss bürgernah bleiben. Gebietsreformen gegen den Bürgerwillen darf es nicht geben. Fusionen müssen durch Bürgerentscheide sanktioniert werden.

Die AfD tritt grundsätzlich für mehr Mitbestimmung der Bürger und direkte Demokratie ein. Zu relevanten Themen sollten verstärkt Bürgerbefragungen und zu wesentlichen Fragen Bürgerentscheide durchgeführt werden.

Direkte Demokratie muss auch auf kommunaler Ebene gestärkt, der Ausnahmenkatalog für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in der Gemeindeordnung gestrichen und damit z.B. auch Bauleitpläne für Bürgerentscheide geöffnet werden.

Verwaltung muss Bürgerfreundlicher gestaltet werden, die Behörden und Ämter müssen als Dienstleister für die Bürger fungieren.